

Dringliche Interfraktionelle Motion FDP, SVPplus (Bernhard Eicher, FDP / Roland Jakob, SVP): Gewaltmonopol soll bei der Polizei bleiben

Gemäss Schreiben des Regierungsstatthalters Christoph Lerch vom Januar 2011 sollen die Restaurant-, Bar- und Clubbetreiber in der oberen Altstadt künftig für die Gewährung der öffentlichen Sicherheit zur Kasse gebeten werden. So sollen sie für einen privaten Ordnungsdienst während Freitag- und Samstagnacht zwischen Fr. 3'600.00 und Fr. 5'400.00 jährlich bezahlen. Wer sich dem Vorhaben widersetzt, dem wird offen mit „Anpassung“ respektive Entzug der Überzeitbewilligung gedroht. Das Schreiben wurde in Absprache mit der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie SUE verschickt, der zuständige Gemeinderat verteidigte das Ansinnen im Februar 2011 in den Medien.

Die Parteien FDP und SVP sind ob dieser Kehrtwende in der städtischen Sicherheitspolitik befremdet. Bisher konnte davon ausgegangen werden, dass die Gewährung der öffentlichen Sicherheit dem Gemeinwesen zufällt und das Gewaltmonopol bei der Polizei liegt. Offenbar planen nun der SP-Regierungsstatthalter und der städtische Sicherheitsdirektor eine Praxisänderung: Künftig sollen auch private Sicherheitsfirmen polizeiliche Aufgaben wahrnehmen können.

Weiter gestehen Regierungsstatthalter und Sicherheitsdirektor mit dem geplanten Aufbau eines privaten Ordnungsdienstes ein, dass Bern über zu wenig polizeiliche Ressourcen verfügt, um in Bern für Sicherheit zu sorgen. Dies entgegen den gemeinderätlichen Äusserungen während des Abstimmungskampfes zur FDP-Sicherheitsinitiative. Damals warb die Stadtregierung für ihren Gegenvorschlag und führte im Vortrag vom 09.09.2009 aus: Mit dem Gegenvorschlag „können die sicherheitspolizeiliche Präsenz in der Stadt Bern massgeblich ausgebaut und das Sicherheitsempfinden verbessert werden. Insbesondere lässt sich damit die Sicherheitssituation zu bestimmten Zeiten (z.B. Mittags-, Abendstunden oder an Wochenenden) sowie an neuralgischen Stellen verbessern.“ Auch der zuständige Gemeinderat Reto Nause warb für den Gegenvorschlag und sprach dazu explizit die Wochenendsituation in der oberen Altstadt an: „Angenommen, die zusätzlichen Polizisten würden in den Nächten von Donnerstagabend bis Sonntagmorgen je 6 Stunden eingesetzt, dann ergäbe dies in den prekären Zeitfenstern immerhin 20 Polizisten mehr auf der Gasse“ (Berner Zeitung vom 28.01.2010).

Die Parteien FDP und SVP verlangen deshalb vom Gemeinderat, dass er im Sinne der „Gewährleistung und Verbesserung der Sicherheit als Daueraufgabe des Service Public“ (Abstimmungsbotschaft vom 09.09.2009) und unter Einhaltung seiner eigenen Versprechungen folgende Massnahmen ergreift:

1. Aufnahme von Gesprächen mit dem Regierungsstatthalter Christoph Lerch. Er ist von der Einführung eines privaten Ordnungsdienstes inkl. Gebührenerhebung abzubringen.
2. Erhöhung der beim Kanton Bern bestellten Sicherheitsleistungen um 2000 Mannstunden jährlich.
3. Definition des Perimeters um Aarberger-, Neuen-, Genfer- und Speichergasse als einem sicherheitspolitischen Schwerpunkt, verbunden mit einer Erhöhung der Polizeipräsenz während Freitag- und Samstagnacht.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Regierungsrat lädt die betroffenen Gastrobetreiber am 4. März 2011 zu einer Informationsveranstaltung ein und will sein „Sicherheitskonzept“ noch im ersten Halbjahr 2011 umsetzen. Die Haltung von Stadt- und Gemeinderat muss / deshalb rasch geklärt werden

Bern, 17. Februar 2011

Dringliche Interfraktionelle Motion FDP, SVPplus (Bernhard Eicher, FDP/Roland Jakob, SVP), Manfred Blaser, Peter Bühler, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Jimmy Hofer, Christoph Zimmerli, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Robert Meyer, Mario Imhof, Alexandre Schmidt, Hans Peter Aeberhard, Pascal Rub

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt; ihr kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Um die Situation in der Oberen Altstadt, namentlich in der Aarberger-, Neuen-, Genfer- und Speichergasse, zu verbessern, haben der Regierungsrat Bern-Mittelland, Mitarbeitende der Kantonspolizei und der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) einen Entwurf eines Sicherheitskonzepts erarbeitet.

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 16. Februar 2011 hat der Gemeinderat erstmals einen Projektentwurf zum Sicherheitskonzept erhalten und diskutiert. Er hat beschlossen, dass die Arbeiten am Projektentwurf seitens der Stadtverwaltung nicht mehr fortgesetzt werden. Er lehnt insbesondere die vorgesehene Einführung eines gemeinsam organisierten privaten Ordnungsdiensts durch die betroffenen Betriebe zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in der Oberen Altstadt ab. Private Ordnungsdienste sind nach Ansicht des Gemeinderats nicht geeignet, um gegen Gewalt vorzugehen. Die öffentliche Sicherheit ist ein Service Public, der zwingend durch die Kantonspolizei zu gewährleisten ist. Der Gemeinderat unterstreicht, dass das staatliche Gewaltmonopol in jedem Fall zu respektieren ist.

Vor diesem Hintergrund wurde die vorliegende Dringliche Motion durch die Ereignisse überholt und ist somit nicht mehr aktuell.

Zu Punkt 1:

Wie einleitend erwähnt, werden die Arbeiten seitens der Stadtverwaltung nicht mehr fortgesetzt.

Zu Punkt 2:

Die Erhöhung der uniformierten Polizeipräsenz kann wie im Gegenvorschlag zur Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ geplant umgesetzt werden. Der Ausbau erfolgt mit zusätzlichen 10 000 Stunden ab September 2011 und mit 20 000 Stunden ab 2013. Für diesen Ausbau stellt die Stadt der Kantonspolizei jährlich zusätzlich rund 2.2 Mio. Franken zur Verfügung. Dieser Ausbau deckt sich mit dem Beschluss der Stimmberechtigten vom 7. März 2010. Für einen weiteren Ausbau besteht zurzeit weder die Notwendigkeit noch eine politische Entscheidungsgrundlage.

Zu Punkt 3:

Der genannte Perimeter bildet bereits heute einen Schwerpunkt der Kantonspolizei. Ausserdem werden mit dem Ausbau der Polizeipräsenz zusätzliche Ressourcen in diesen Perimeter investiert. Wie in der Abstimmungsbotschaft festgehalten, wird die Polizeipräsenz an neuralgischen Orten und zu neuralgischen Zeiten erhöht. Dazu zählt insbesondere die obere Altstadt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Der Ausbau der Polizeipräsenz kostet die Stadt Bern rund 2.2 Mio. Franken. Diese Ausgaben sind im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan eingestellt.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 30. März 2011

Der Gemeinderat